

## **Geschäftsbericht des Landrates zur Sitzung des Kreistages am 7. Oktober 2020**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
in der Zeit seit der letzten Kreistagssitzung am 23. Juni 2020  
haben sich die Dinge weiterentwickelt bzw. sind neue Probleme  
und Herausforderungen entstanden.

Ich möchte hier als bedeutsam die weitere Entwicklung im  
Zusammenhang mit dem Ansiedlungsvorhaben Tesla  
ansprechen. Hier hat es seit dem 23. September über acht  
Tage mehrere Erörterungstermine im Rahmen der öffentlichen  
Beteiligung zum Genehmigungsverfahren nach dem  
Bundesimmissionsschutzgesetz gegeben.

Dabei wurden über 400 Einwendungen thematisch aufgegriffen  
und in der öffentlichen Verhandlung erörtert.

Die Einwendungen bezogen sich im Wesentlichen auf die  
kritisch gesehenen Punkte: Wasserversorgung,  
Abwasserentsorgung, Lärm, verkehrliche, forstliche sowie  
Umwelt- und Naturschutzbelange.

Die Anregungen und Einwendungen werden nun auf ihre  
rechtliche Relevanz hin geprüft und finden gegebenenfalls  
Eingang in das durchzuführende Abwägungsverfahren.

Die Federführung auch in dieser Phase des Genehmigungsverfahrens liegt aber weiter beim Landesumweltamt.

Die Diskussion wird eine weitere Anreicherung dadurch erhalten, dass Elon Musk als Investor in der Nacht vom 22. auf den 23. September in Amerika angekündigt hat, dass er ergänzend zur Giga-Factory Berlin zusätzlich eine Batteriezellproduktion dort am Standort Grünheide etablieren will. Diese ist allerdings vom bisherigen Genehmigungsverfahren nicht umfasst.

Was die Errichtung der bereits im Bau weit fortgeschrittenen Giga-Factory anbelangt, hat es am 20. August eine Anhörung im brandenburgischen Landtag vor dem Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung zum Thema: Integriertes Verkehrskonzept für die Region um Grünheide sowie betriebliches Mobilitätsmanagement von Tesla am Standort Grünheide gegeben.

Von kommunaler Seite wurden hierzu Bürgermeister Christiani und der Landrat des Landkreises Oder-Spree gehört.

Der Abgeordnete Dr. Philip Zeschmann war in dieser Sitzung ebenfalls zugegen.

Ich habe betont, dass diese Industrieansiedlung uns sehr am Herzen liegt und wir sie deshalb nach Kräften unterstützen. Über den Einbezug in das Genehmigungsverfahren hatte ich bereits im letzten Kreistag berichtet.

Da wir bislang allerdings immer noch keine offizielle Reaktion auf die in der kommunalen Familie erarbeitete Studie zu den von uns befürchteten Infrastrukturproblemen erhalten haben, habe ich im Anhörungstermin nochmals deutlich gemacht, dass das sicherlich anspruchsvolle Genehmigungsverfahren uns nicht davon abhalten darf, jetzt zügig die zunehmend stärker in den Blick tretende Frage der Einbindung des Unternehmensstandorts in die verkehrliche, soziale und Wohnbau-Infrastruktur zu bearbeiten.

Wie berechtigt unsere Sorge ist, spiegelt sich in einer Presseverlautbarung des Geschäftsführers des BER in der Märkischen Oderzeitung wieder. Herr Lütke-Daldrup musste auch nach neun Jahren Realisierungsverzug immer noch Defizite einräumen, was die Verkehrsanbindung insbesondere mit Blick auf den öffentlichen Personennahverkehr angeht. Unsere infrastrukturelle Bestandsaufnahme sowie den sich daraus ergebenden Anforderungs- und Maßnahmenkatalog hatte ich in der Sitzung des Kreistages am 23. Juni vorgestellt. Sie ist seit diesem Termin auch auf unserer Webseite für jeden verfügbar.

Wir erwarten spätestens seit diesem Zeitpunkt allerdings, dass wir auch mit dem eigentlichen Bedarfsträger, nämlich Tesla, dazu in einen lösungsorientierten Dialog kommen.

Wir beklagen, dass wir uns grundlegende Informationen und Daten immer noch mühsam zusammensuchen müssen bzw. nur auf vage Annahmen gestützt argumentieren können.

Wir müssen dringend den Rekrutierungsprozess besprechen, aus dem sich dann auch die Verkehrsströme ableiten lassen, die sich aus unterschiedlichen Umlandskommunen auf die Fabrik hin orientieren.

Um sich hier nicht in Fehlplanungen zu verlieren, halten wir eine integrierte Wirtschafts- und Strukturpolitik für unabdingbar. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Der Landkreis kann hier nur unterstützend begleiten.

Obwohl der Landrat insoweit über keine originäre Zuständigkeit verfügt, sehe ich mich gleichwohl in einer grundsätzlichen Verantwortung gegenüber unserer mittelständischen Wirtschaft.

Wir müssen einfach wissen, inwieweit auf das Fachkräftepotenzial in unserer Region gegebenenfalls aus unterschiedlichen Bedarfsrichtungen zugegriffen wird. Es gilt dabei, schädliche Konkurrenzen und Verdrängungswettbewerbe zu vermeiden.

Andererseits haben wir ein geschärftes Interesse daran, diejenigen, die sich gegenwärtig noch im Sozialleistungsbezug bei unserem Kommunalen Jobcenter befinden, über Tesla in Arbeit zu bringen. Auch das gestaltet sich aus meiner Sicht mangels klar geäußerter Vorstellungen seitens Tesla sehr intransparent.

Zudem müssen wir uns mit Tesla über Ausbildung unterhalten, denn der Landkreis ist Träger des OSZ und Tesla hat klar zum Ausdruck gebracht, dass das Unternehmen zwischen 150 und 300 Auszubildende in die duale Ausbildung übernehmen möchte. Der Landkreis braucht hier eine klare zeitliche Orientierung, denn gegenwärtig verfügen wir weder über die entsprechenden schulischen Räumlichkeiten bzw. erforderliche Fachkabinette, noch über eine darauf ausgerichtete intelligente ÖPNV-Anbindung.

Ich gehe auch davon aus, dass das Bildungsministerium nicht ohne weiteres die erforderlichen Lehrkräfte zur Verfügung hat.

Was den öffentlichen Personennahverkehr anbelangt sind gegebenenfalls zusätzliche Kapazitäten zu binden, die, wenn ein bestimmter Schwellenwert überschritten wird, europaweit auszuschreiben sind. Dieses Verfahren benötigt ebenfalls einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf.

Das Unternehmen lässt diesbezüglich das erforderliche vorausschauende Denken etwas vermissen.

Wir müssen zudem unsere Schulentwicklungsplanung an den zu erwartenden Bedarf anpassen. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass uns das Bildungsministerium bei der Fortschreibung unseres Schulentwicklungsplans darauf verweist, dass die sich abzeichnende Bevölkerungsentwicklung um den Teslastandort schlicht auszublenden und hier mit alten Zahlen als Planungsgrundlage zu arbeiten sei.

Wir wissen, dass sich am Standort Grünheide um eine sehr personalintensive Produktion handeln wird. Wir gehen auch weiterhin davon aus, dass Ende 2021 – also in einem guten Jahr – hier 12.000 Menschen allein in der Produktion arbeiten werden.

Hinzu kommt der Beschäftigungseffekt in der wirtschaftlichen Begleitkulisse und der ebenfalls nicht zu vernachlässigende Materialtransport.

Diesbezüglich ist die Landesregierung bislang eine Antwort schuldig geblieben, auf welche Art und Weise und vor allem in welchem zeitlichen Rahmen die aufgeworfenen Probleme eine Bewältigung erfahren sollen. Hier war auch die Informationsveranstaltung am 10. September in der Gemeinde

Grünheide, bei der das Wirtschaftsministerium und das Infrastrukturministerium vertreten waren, zu wenig konkret. Der Gutachter des IVV, Herr Friedemann, stellte zwar ein optimistisch angelegtes infrastrukturelles Einbindungskonzept vor, welches auch die weiteren Ausbaustufen mit einem Personalbesatz von insgesamt 40.000 Menschen allein in der Produktion bei Tesla auswies.

Klare Lösungsvorschläge, versehen mit einer entsprechenden Zeitschiene auch für das weitere Umfeld blieb der Gutachter allerdings schuldig. – Beziehungsweise erstreckte sich sein Auftrag auf die Infrastrukturfragen nicht.

Auch bei diesem Termin hatte man den Eindruck, dass mit Blick auf die Personalrekrutierung nur anhand beliebig gegriffene Annahmen grob beschrieben wurde, woher die Arbeitnehmer kommen könnten.

Ernüchternd war in diesem Zusammenhang zu hören, dass nur ein geringer Bruchteil der Arbeitnehmer von Tesla aus dem Landkreis Oder-Spree kommen soll.

Für den Fall, dass diese Prognose eine tragfähige Grundlage haben sollte, erwarte ich von der Landesregierung, dass den Bürgern des Landkreises Oder-Spree, insbesondere in den vorrangig betroffenen Kommunen dargelegt wird, worin denn

dann eigentlich der Sinn dieser Ansiedlung für unseren Landkreis liegen solle.

Es ist nicht einzusehen, dass wir uns für die Region immense Infrastrukturprobleme einkaufen und mit Ausnahme der Gemeinde Grünheide, die sicherlich in der weiteren Zukunft erkleckliche Gewerbesteuereinnahmen erwarten darf, die Beschäftigungswirkung von untergeordneter Bedeutung ist.

Ich habe darüber hinaus in der Anhörung deutlich gemacht, dass wir den Bürgern gegenüber im Wort bleiben sollten: Wir hätten versprochen, dass die Unternehmensphilosophie von Tesla, die auf visionärem Denken, technologischer Innovation, auf schonendem Ressourcenverbrauch und auf Nachhaltigkeit basiert, sich in Grünheide auch ganz alltagspraktisch verwirklichen solle.

Und noch eines gilt es deutlich zu machen: Wir im Landkreis Oder-Spree setzen sehr bewusst auf den Zuzug junger Leute, denn neben dem Angebot zukunftssicherer Arbeitsplätze ist das der eigentliche Sinn, den wir aus kommunaler Sicht mit diesem Ansiedlungsvorhaben verbinden.

Wir sind nicht bereit, die positiven Entwicklungs- und Wachstumseffekte an die Berliner Nachbarschaft abzutreten, uns die infrastrukturellen Belastungen an Land zu ziehen und

dann die Verdrängungseffekte eines sozial-selektiven Berliner Wohnungsmarktes im Landkreis aufzufangen.

Unser eindeutiges Ziel ist eine faire WIN-WIN-Situation – ein ausgewogenes Verhältnis zwischen standortnahem Wohnen und Pendeln im Tagespendelbereich. Wir reklamieren für unseren Landkreis einen Belegschaftsanteil von mindestens 25 % der Mitarbeiter.

Das bedeutet auf der anderen Seite verstärkte Anstrengungen der Gemeinden im Wohnungsbau und bei der sozialen Infrastruktur. Ich bitte daher alle Kreistagsabgeordneten, die darüber hinaus in den lokalen Kommunalparlamenten vertreten sind, sich diesbezüglich dafür einzusetzen, dass durch unsere Region endlich ein Ruck geht.

Ich befürchte ansonsten, dass wir die mit diesem Unternehmen verbundenen Wachstums- und Wohlstandspotenziale nicht annähernd ausschöpfen werden.

Die Bürger drängen ebenfalls inzwischen auf Antworten. Sie erwarten zu diesen Fragen ein klares Konzept und eine nachvollziehbare Zeitschiene, was die Umsetzung betrifft.

Ich weiß, dass ich das Infrastrukturministerium mit meinem Drängen nerve, aber ich erwarte hier eine etwas größere Klarheit, als sie bisher deutlich wurde. Es reicht mir nicht, dass

Infrastrukturminister Beermann Ende September in der Märkischen Oderzeitung verkündet, man habe ausreichend Potenziale, um die Bedarfe abzudecken. Die Potenziale bestreite ich gar nicht, aber in Potenzialen kann man nun einmal nicht wohnen.

### ***Wiederaufflammen des Covid-19-Infektionsgeschehens im Landkreis Oder-Spree***

Ende der vergangenen Woche erhielt ich einen Hinweis darauf, dass im Helios-Klinikum in Bad Saarow Patienten positiv auf Corona getestet worden seien. Die Kreisleitstelle informierte mich am Samstagmorgen, dass die Rettungsstelle des Klinikums wegen des Ausbruchs nicht weiter angefahren werde. Das Gesundheitsamt in Gestalt von Herrn Dr. Saldana-Handreck hat sich umgehend vor Ort ins Bild setzen lassen und auch Verbindung mit dem Gesundheitsministerium aufgenommen. Es gab zunächst einen Dissens, was die Bedeutung der Befunde anbelangt. Das Gesundheitsamt hat allerdings klargestellt, dass die Einschätzung der Infektionsschutzbehörde hier die maßgebliche ist. In dieser Einschätzung wurden wir durch das zuständige Ministerium bestärkt.

Da durch die Einbeziehung des medizinischen Fachpersonals die positiv getesteten Infektionsfälle weiter anstiegen, wurde seitens des Gesundheitsamts ein Aufnahmestopp für die

betroffenen Stationen sowie ein Verlegungsstopp für externe Patienten verhängt, sowie die Testung des gesamten Klinikpersonals aufgegeben.

Die Testung der Patienten sowie des Klinikpersonals hat zu einem weiteren Aufwuchs der positiv getesteten Fälle geführt. Gegenwärtig beklagen wir 40 Personen, die positiv auf das Coronavirus getestet sind – darunter sind 23 Mitarbeiter und 17 Patienten.

Zusätzlich haben wir einen positiv getesteten Fall in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge, der aber ebenfalls einen konkreten Bezug zum Klinikum Bad Saarow aufweist.

Unsere vordringliche Aufgabe ist es im Moment, möglichst schnell und möglichst umfassend die Personen zu ermitteln, die mit den positiv getesteten Personen Kontakt hatten. Danach werden die erforderlichen Quarantänemaßnahmen verfügt.

Es gilt in jedem Fall, das Ansteigen des Fallaufkommens über den kritischen Wert von 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen zu verhindern, da anderenfalls drastische Eindämmungsmaßnahmen zur Debatte stünden.

Wir haben das bedrohliche Geschehen zum Anlass genommen, das vollständige Instrumentarium zur Pandemiebewältigung

erneut zu aktivieren und auf den Stand, Frühjahr 2020, hochzufahren.

Damit verbunden ist ein verstärkter Personaleinsatz zur Nachverfolgung der Infektionsketten sowie zum Quarantänenmanagement und zur Fallanalyse.

In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Mitarbeiter aus der allgemeinen Verwaltung ins Gesundheitsamt abgeordnet.

Insgesamt haben wir derzeit nach Abzug der geheilten Patienten im Landkreis 48 aktive Fälle und somit eine 7-Tage-Inzidenz/gerechnet auf 100.000 Einwohner von 21,25 %.

Erschreckend ist die Geschwindigkeit des Ausbruchsgeschehens, denn innerhalb von nur 14 Tagen ist die Zahl der nachgewiesenen Covid-19-Infizierten von 187 auf 239 angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 52 Personen – ein Anteil von etwa einem Fünftel aller bislang in Oder-Spree nachgewiesenen Fälle und absolut gesehen deckungsgleich mit der Zahl am 23. März 2020 – also einen Tag nachdem die Bundesregierung den Lockdown verkündet hatte.

Dieses Geschehen kommt nicht ganz unerwartet. Die Wissenschaft hat uns bereits im Frühjahr davor gewarnt, dass sich das Infektionsgeschehen unbemerkt unterschwellig weiter ausbreiten würde und insbesondere im Herbst bei ungünstigeren Umständen sich in flächendeckend verteilten Hotspots bemerkbar machen würden.

Mit Blick auf den noch zu besprechenden Antrag der AfD möchte ich klarstellen: Jetzt ist nicht die Zeit über Lockerungen der Coronabeschränkungen nachzudenken, im Gegenteil, wir werden die Zügel wieder anziehen.

Im Übrigen sehe ich gegenwärtig auch gar keine Möglichkeit der Lockerung. Die einzige weiterhin in Kraft befindliche Einschränkung betrifft die Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge, wo wir ein strenges Besuchsregime verfügt haben.

Was das zweite Seuchengeschehen anbelangt, nämlich die Afrikanische Schweinepest, wird Ihnen Frau Teltewskaja Bericht erstatten. Ich habe mich in der letzten Woche in Absprache mit Frau Teltewskaja und Frau Senger aus diesem Krisengeschehen etwas zurückgenommen. Frau Teltewskaja und ich vertreten uns gegenseitig im Krisenstab. Als zuständige Beigeordnete wird sie die Krisenbewältigung federführend und eigenverantwortlich bearbeiten.

#### Pflege der Partnerschaft mit der Stadt Krefeld

In diesem Zusammenhang ist es berichtenswert, dass der Landrat auf Einladung des Oberbürgermeisters im Berichtszeitraum zweimal die Stadt Krefeld besucht hat und

dort sowohl mit dem Oberbürgermeister sowie mit Vertretern aus Politik und Bürgerschaft im Gespräch war. Der erste Besuch am 24. August diente der Eröffnung der Kunstausstellung "Kultur ist Trumpf", bei der sich der Landkreis Oder-Spree in seiner gesamten kulturellen Vielfalt der Krefelder Bevölkerung vorgestellt hat. Die Ausstellung war von Herbert Schirmer konzipiert und kuratiert und stellte unsere kulturellen Angebote quer durch den Landkreis vom Gerhart-Hauptmann-Haus bis zum Kloster Neuzelle auf informativen Bildtafeln vor. Die Ausstellung und auch das Rahmenprogramm sind in den Kontext 30 Jahre Deutsche Einheit - 30 Jahre Partnerschaft zwischen unseren Kommunen einzuordnen.

Ebenfalls der Erinnerung an das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands verpflichtet, war auch der zweite Besuch des Landrats in Krefeld. In Krefeld hat sich seit drei Jahrzehnten eine Tradition herausgebildet, jeweils am Tag der Deutschen Einheit ein Benefizkonzert zu veranstalten, welches auch die Dankbarkeit gegenüber den europäischen Partnern für ihre Beiträge bezeugen soll. Insofern wird jedes Jahr ein Partnerland ausgewählt, dessen Vertreter sich mit einer Ansprache zum 3. Oktober in die Veranstaltung einbringt. Dem Herkunftsland des Redners kommt dann auch der hälftige Erlös des Benefizkonzerts zugute.

Aus Anlass der 30jährigen Wiederkehr der Einheit Deutschlands und der Begründung unserer Partnerschaft hatte mich der Oberbürgermeister Frank Meyer gebeten, so es mir möglich sei und ich nicht durch andere Veranstaltungen in Brandenburg gebunden wäre, die Veranstaltung mit meiner Anwesenheit zu beehren. Ich habe diese Einladung gerne angenommen, da ich unmittelbarer Zeuge auch des Engagements war, mit dem die Stadt Krefeld seinerzeit den Aufbau der Verwaltung im Altkreis Beeskow mit Rat und Tat unterstützt hat.

Das Konzert wurde durch die niederrheinischen Symphoniker bestritten. Als Vorschlag zur Verwendung des Erlöses haben wir die Samariteranstalten in Fürstenwalde vorgeschlagen.

Der Oberbürgermeister hat mich gebeten, dem Kreistag seine Dankbarkeit für die nunmehr 30 Jahre währende Verbundenheit auszudrücken. Er hat angekündigt, im nächsten Jahr, sobald wir das Pandemiegeschehen einigermaßen überwunden hätten, einen Gegenbesuch im Landkreis Oder-Spree zu machen.